

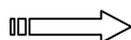
TOP 7

Gremium	Termin	Status
Stadtrat	27.01.2020	öffentlich

Vorlage der Verwaltung

Prüfung der Einführung eines Frauennachttaxis in Ludwigshafen

Vorlage Nr.: 20200995



Überarbeitete Verwaltungsvorlage für den Stadtrat am 27.1.2020

Laut Antrag „Die Grünen im Rat“ vom 8. April 2019 sollte für eine mögliche Einführung eines Frauennachttaxis in Ludwigshafen explizit das Mannheimer Modell geprüft werden.

A N T R A G

Der Stadtrat berät ein Budget für ein Frauennachttaxi in Ludwigshafen analog zum Mannheimer Modell im Zuge der kommenden Haushaltsberatungen; evt. in Höhe von 100.000 Euro - rein zur Finanzierung der Taxifahrten. Da die Einführung eines Frauennachttaxis eine freiwillige Leistung wäre, müsste diese im Rahmen des von der ADD gebilligten Budgets abgebildet werden.

Begründung:

Die Verwaltung hat alle derzeit existierenden Frauennachttaxi-Modelle in Deutschland (11 insgesamt) geprüft. Das Mannheimer Modell ist mit Abstand das niedrigschwelligste und damit auch am häufigsten genutzte und erfolgreichste Frauennachttaxi; aber eben auch das kostenaufwendigste. Es bietet durch die geringsten Wartezeiten im öffentlichen Raum sowie der Schulung aller teilnehmenden Taxifahrer*innen zu Verhaltensregeln die maximale Sicherheit für Frauen in den Abend- und Nachtstunden. Das Polizeipräsidium Rheinpfalz würde die Einführung eines Frauennachttaxis in Ludwigshafen – zumal im Verbund mit Mannheim – zur Stärkung des Sicherheitsgefühls begrüßen; auch aufgrund der positiven Erfahrungen aus anderen Städten.

Das Mannheimer FrauenNachtTaxi startete aufgrund einer längeren Vorlaufzeit am 1. September 2019. Das Mannheimer Modell sieht vor, dass alle Frauen und weibliche Jugendliche ab 14 Jahren (ohne männliche Begleitung) zwischen 22:00 und 6:00 Uhr für jede Taxifahrt sieben Euro weniger zahlen müssen. Es können Mannheimer*innen wie auch Besucher*innen das FrauenNachtTaxi nutzen; die Fahrten können aus Mannheim herausführen. Es ist ein niedrigschwelliges und spontan nutzbares, kriminalitätspräventives Angebot (Heranwinken oder Bestellung per Telefon), das in Mannheim mit ca. 2.000 Fahrten/Monat sehr gut angenommen wird – weit über das ursprünglich kalkulierte Maß hinaus. Entsprechend hat der Gemeinderat von Mannheim am 16. Dezember 2019 das für 2020 und 2021 eingestellte Budget von je 25.000 Euro um 150.000 Euro auf 175.000 Euro erhöht.

Das Mannheimer FrauenNachtTaxi wurde bereits ab Konzeptentwicklung personell unterfüttert. Eine Stelleninhaberin der Gleichstellungsabteilung hat für dieses Projekt ihre Wochenstunden um 12 Stunden erhöht. Der Vorlauf von der fertigen Konzeptionsentwicklung, dem der Gemeinderat im April 2019 einstimmig zugestimmt hatte, bis zur Umsetzung fand mit einem sechsmonatigen intensiven Abstimmungsprozess zwischen den Fachbereichen Informationstechnologie, Rechnungsprüfungsamt, Stadtkämmerei, Steueramt, Rechtsamt, Sicherheit und Ordnung, Bürgerdienste, der Gleichstellungsbeauftragten und der Taxi-Zentrale Mannheim eG statt. Es musste eine einfach zu handhabende Software entwickelt werden, ein Regel- und Vertragswerk, wie auch eine Schulung für alle teilnehmenden Taxifahrer*innen zu den Eckpunkten des Konzeptes, den Dokumentations- und Abrechnungsmodalitäten, Gebrauch der Software und Verhaltensrichtlinien samt einer Handreichung. Zu den weiteren Aufgaben der für die Einführung des Frauennachttaxis zuständigen Mitarbeiterin der Gleichstellungsstelle zählt die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, die Flyerentwicklung und -verteilung, die Konzeption und Produktion von Magnetfolien für Frauennachttaxis, die Betreuung des Internetauftritts wie auch die Beantwortung von Medienanfragen, Beschwerden und Nachfragen anderer Kommunen.

Darüber hinaus würde die Stadtverwaltung noch folgende Ergänzungen vorschlagen:

- Aufnahme eines barrierefreien Frauennachttaxis in das Leistungsangebot
- Ausweitung der Frauennachttaxi-Zeiten um eine Stunde: Start von 21:00 bis 6:00 Uhr, da das ÖPNV-Angebot bereits ab 21 Uhr eingeschränkt ist.
- Taxi-Wartezeiten müssen die Nutzerinnen komplett tragen (in LU 30 Euro/h)
- Jährliche Berichterstattung im Stadtrat zur Kostenentwicklung, Nachfrage und Erfahrungen - zur Nachsteuerungsmöglichkeit.